

Veröffentlicht in: *Le Temps*, 18. März 2019

Das nicht-verwertete Potenzial des Brexit

Pierre Bessard

Dass der Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union (EU) aufwändig würde, war zu erwarten. Vorab aufgrund der unüberbrückbaren Differenzen innerhalb des Landes und vor allem des Entscheids der meisten Bürger in den produktivsten Regionen, das aktuelle institutionelle Arrangement bestehen zu lassen. Denn obwohl es aus dem Blickwinkel des zwischenstaatlichen Wettbewerbs und des globalen Freihandels angebracht sein mag, den zentralisierenden Begehren der EU entgegenzuwirken, müsste es noch eine greifbare bessere Alternative geben.

Gewiss, die EU stimmt nicht mit dem, was den europäischen Erfolg eigentlich ausmacht, überein. Die Abwesenheit einer zentralen Gewalt war der entscheidende Faktor für den historischen Aufstieg Europas seit der Renaissance, der Aufklärung und der industriellen Revolution. Gerade weil die «Abstimmung mit den Füßen» nach dem Niedergang von Rom auf dem Kontinent relativ einfach war, entstanden politische Innovationen, die wir heute für selbstverständlich halten, wie etwa die parlamentarische Demokratie, die Wirtschafts- und Gewerbefreiheit, die Gewissens- und Religionsfreiheit. Liberalere Gebietskörperschaften gingen mit gutem Beispiel voran und die politische Konkurrenz sah sich dem Druck ausgesetzt, diese angesichts ihres Erfolgs nachzuahmen.

Die Historiker sind sich darüber einig, dass Europa eine vorindustrielle Gesellschaft geblieben wäre, wenn es wie andere, früher fortgeschrittenere Zivilisationen von einem zentralstaatlichen Reich unterdrückt worden wäre. In diesem Sinne ist die Perspektive eines erneuten Scheiterns der Politisierung Europas eine gute Nachricht. Die Schweiz, die an der Spitze unterschiedlicher Freiheits- und Wettbewerbsfähigkeitsrankings steht, ist gut positioniert, um die Vorteile einer grösseren Entscheidungsautonomie anzuerkennen, sei es in der Steuer-, der Regulierungs- oder der Handelspolitik – vorausgesetzt, dass dieses Potenzial tatsächlich ergriffen wird.

Es trifft sicher auch zu, dass die vier in der EU bedingt geltenden «Grundfreiheiten», nämlich der freie Güter-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehr, eine wesentliche Errungenschaft für den Wohlstand der Nachkriegszeit darstellen. Doch die Abschaffung der politisch errichteten Hindernisse wäre für deren Umsetzung ausreichend.

Die EU macht sich hingegen wenig attraktiv durch ihren Agrarprotektionismus und -subventionismus (37% ihres Budgets), aber auch und vor allem durch ihren Drang, undurchdachte Richtlinien und Politiken auf ihr ganzes Gebiet auszudehnen. Dieser Trend schmälert den regulatorischen Wettbewerb und die institutionelle Innovation, und

damit letztlich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Dies gilt für die interregionale Umverteilung, für Mindeststeuersätze oder für Versuche, die Wirtschaft durch eine bewusste Industriepolitik und mittels 40.000 Regulierungen und 62.000 Produktionsstandards zu lenken.

Obwohl es daher gerechtfertigt ist, das administrative Monster von Brüssel und seine Reichweite als besonders problematisch anzusehen, dient dieses jedoch in der Innenpolitik ebenso oft als bequemer Sündenbock: Die meisten Politikbereiche bleiben weiterhin im Kompetenzbereich der einzelnen Mitgliedstaaten. Das einheitliche Joch einer zentralen Bürokratie ist ein reales Risiko, aktuell zugleich aber auch eine sehr verzerrte Darstellung der Wirklichkeit. Anschaulich dafür ist die Heterogenität und gar zunehmende Divergenz der EU-Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit, um nur einen Parameter zu nennen, variiert aktuell je nach Land von 2,1% (in der Tschechischen Republik) bis 18,5% (in Griechenland): Brüssel spielt hier keine wesentliche Rolle (abgesehen von den währungsspezifischen Herausforderungen, die auch stark mit einer verantwortungslosen Innenpolitik zusammenhängen).

Gerade dort befindet sich auch Grossbritanniens grösste Schwäche. Die ökonomischen Weisheiten eines Adam Smith, die ruhmvolle Vergangenheit der industriellen Revolution und des Freihandels, die gesunde Rhetorik einer Margaret Thatcher zum privaten Unternehmertum und zur Eigenverantwortung sind nur ein Aspekt des politisch-kulturellen Erbes des Landes. Nichts deutet heute – trotz des Wunschenkens mancher Patrioten – darauf hin, dass diese Dimension die Überhand gewinnen wird. Die Politik Grossbritanniens wird weiterhin vom Chauvinismus des Wohlfahrtsstaats dominiert – nicht vom Willen, ein neues Hong Kong in Europa zu schaffen. Viele Interessengruppen möchten den bestehenden nationalen Etatismus aufrechterhalten, ob im Gesundheitswesen, in der Bildung, im Wohnsektor, in der Landwirtschaft und der Fischerei oder bei «öffentlichen Dienstleistungen».

Der Liberalismus ist leider nicht die einzige politische Philosophie, die in Grossbritannien umgesetzt wurde. Der keynesianische, Fabian- und Arbeiterparteiinterventionismus und Sozialismus des 20. Jahrhunderts, die im Meinungsklima weiterhin einflussreich sind, hatten ja das Land in einen tiefen Niedergang hineingestürzt, der 1976 zum Eingriff des Internationalen Währungsfonds führte. Damals galt das Land als «der kranke Mann Europas» und war auch deshalb als Flucht nach vorne drei Jahre zuvor der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beigetreten.

Die wettbewerbsfähige Strategie des Brexit, nämlich die eines einseitigen Freihandels gegenüber der EU wie auch dem Rest der Welt, wird nur von einigen Think Tanks vorgeschlagen. Sie verspräche allerdings einen enormen Wohlstandsvorsprung und wäre angelehnt an Richard Cobden eine würdige Inspiration für die internationale Handelspolitik.

Der Autor ist Mitglied des Stiftungsrates und Direktor des Liberalen Instituts.